

Zusammenhang heben beide Seiten die große Bedeutung der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als langfristiges Aktionsprogramm der Festigung des Friedens und der Entwicklung einer gegenseitig nutzbringenden Zusammenarbeit hervor.

Die Partei- und Staatsdelegationen der DDR und der VR Kongo betrachten die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung, insbesondere auf nuklearem Gebiet, als Schlüsselprobleme der Gegenwart. Sie treten für das Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen wie der Neutronenbombe und neuer Systeme dieser Waffen, für das volle und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche, die strikte Einhaltung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und den Abschluß eines weltweiten Vertrages über Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen ein.

Die DDR und die VR Kongo betrachten die bevorstehende Sondertagung der UNO-Vollversammlung zu Abrüstungsfragen als eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz. Sie wenden sich entschieden gegen Pläne, ein südatlantisches Militärbündnis mit oder ohne Beteiligung Südafrikas zu bilden, und verurteilen auf das schärfste, daß in Südafrika mit Hilfe imperialistischer Kreise das technische Potential zur Herstellung von Atomwaffen geschaffen wird. Die Verfügungsgewalt der Rassisten über Atomwaffen und jedwedes imperialistische Militärbündnis im Südatlantik schätzen beide Seiten als eine große Bedrohung für die Sicherheit der afrikanischen Völker und eine Gefahr für den Frieden in der Welt ein.

Die DDR und die VR Kongo messen der Rolle der UNO bei der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Festigung der internationalen Sicherheit, der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit und bei der Beseitigung von Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus große Bedeutung bei. Sie unterstützen alle Schritte, die zur Erhöhung der Wirksamkeit der UNO bei der Durchsetzung dieser hohen Ziele auf der Grundlage der strikten Einhaltung ihrer Charta beitragen.

Die DDR und die VR Kongo betrachten die Politik der Nichtpaktgebundenheit als wichtigen positiven Faktor in den internationalen Beziehungen und als bedeutenden Beitrag im Kampf für Frieden und Sicherheit der Völker. Beide Seiten betonten, daß es im Sinne der umfassenden Realisierung der Beschlüsse der Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten in Colombo liegt, die Zusammenarbeit zwischen den aus der nationalen Befreiungsbewegung hervorgegangenen jungen Staaten und den sozialistischen Staaten allseitig zu vertiefen.

Beide Seiten setzen sich für eine politische Lösung des Nahostkonfliktes ein und sind der Auffassung, daß die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens in dieser Region auf dem Abzug der israelischen Truppen von den 1967 okkupierten arabischen Gebieten in Übereinstimmung mit den entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrates der UNO, der Verwirklichung der